

"Prag 2000"

Vom 26. – 28. September fand die 55. Jahreskonferenz der Weltbank und des IWF in Prag statt – zum ersten Mal in einem Land des ehemaligen Ostblocks. Wie schon im November/Dezember 1999 in Seattle gegen die WTO und im April 2000 in Washington, war im Internet auch diese Mal zum weltweiten Protest gegen diese beiden Bretton Woods Institutionen aufgerufen worden. Der 26. September – kurz S26 – war zum neuen World Day of Action erklärt worden und die KritikerInnen von Weltbank, IWF, WTO und der neoliberalen Globalisierung insgesamt wurden aufgerufen, nach Prag zu kommen.

Die Aktionen in Prag wurden koordiniert von der "Initiative gegen ökonomische Globalisierung" (INPEG), ein hauptsächlich von jungen Menschen gegründeter nicht-hierarchischer Zusammenschluss, der die konzerngesteuerte Globalisierung, wie sie von den Bretton Woods Organisationen weltweit vorangetrieben wird, bekämpft. INPEG bezieht sich dabei auf die Methoden der direkten, gewaltlosen Aktion, wie sie vorher schon in Seattle und Washington praktiziert wurden. Im *"Europäischen Aufruf zu den globalen Aktionstagen gegen IWF und Weltbank im September in Prag"* rief INPEG zu einer Aktionswoche des Widerstandes auf, die am 21.9. mit einem Festival "Art and Resistance" beginnen sollte, vom 22. – 24.9. einen Gegengipfel organisieren und mit dem "World Day of Action" am 26.9. ihren Höhepunkt haben sollte.

Deutlicher noch als in Seattle wird in diesem Aufruf das kapitalistische System als solches angegriffen, weil es für die *"... heutigen sozialen und ökologischen Desaster verantwortlich ist. Daher ist es notwendig, Proteste zu organisieren, um den IWF und die Weltbank zu stoppen. Denn eine solche Bewegung kann nur durch direkte Aktion, zivilen Ungehorsam und das Praktizieren direkter Basisdemokratie geformt werden. Der Widerstand muss so global wie das Kapital sein – und daher sehr viel kreativer"* (INPEG-Aufruf).

Ziel war zum einen die Aufklärung der Menschen über die negativen Auswirkungen der Politik von IWF und Weltbank, aber auch das internationale Treffen im neuen Prager Kongresszentrum zu stoppen.

Am 28. September 2000 war auf der Titelseite der *International Herald Tribune* zu lesen: *"Wegen der Proteste hat die Weltbank ihr Treffen einen Tag früher abgebrochen."* Die Delegierten beendeten ihre jährlichen Beratungen schon am 27.9.2000 und reisten ab, einen Tag früher als geplant. Als Begründung war zu lesen: *"Vielleicht haben die Leute kürzere Reden gehalten."* (Mats Karlsson, Vizepräsident der Weltbank). Oder: sie hätten schneller gearbeitet. Das hätte nichts mit den Demonstrationen zu tun (David Hawley, Sprecher des IWF). Doch der Präsident der Weltbank, James Wolfensohn, gab zu, er *"teile den Stress aller"*, der von den Straßenschlachten ausgegangen sei. Ein Sprecher der Tschechischen Regierung versicherte, sie hätten keinen Druck auf IWF und Weltbank ausgeübt, Prag früher zu verlassen, doch einige Delegierte gaben zu, dass sie sich nicht mehr sicher fühlten. *"Wir sehen es als Erfolg an, dass sie die Stadt so schnell wie möglich mit eingezogenen Schwänzen verlassen"*, sagte ein Aktivist von INPEG.

Auch andere sprachen von einem weiteren "Sieg" der internationalen Protestbewegung, der sich in die Serie Seattle (Dez. 99), Washington (4. April 2000), London (1. Mai 2000), Melbourne (Sept. 2000) einordne. Doch was heißt Sieg? Wessen Sieg? Sicher ist es ein Erfolg der weltweiten Antiglobalisierungsbewegung, dass die Herrschenden der Welt heute bei all ihren Gipfeltreffen von dieser wachsenden Protestbewegung konfrontiert werden. Das war ja das, was sie sich in Seattle vorgenommen hatte. Es kann auch als Erfolg verbucht werden, dass diese Bewegung nicht mehr ignoriert werden kann.

Richtig ist aber auch, dass die Gegenseite seit Seattle gelernt hat. In Seattle wurde die amerikanische Polizei noch von der Breite und Heterogenität des Protestes gegen die WTO überrascht. In Washington konnte sie verhindern, dass die Protestierer die Frühjahrskonferenz von Weltbank und IWF blockierten. In London gab es am 1. Mai heftige Zusammenstöße zwischen Polizei und 4000 Demonstranten, bei denen 42 verhaftet wurden (*The Guardian* 24.8.2000).

Die Innenminister der Länder, in denen diese Gipfeltreffen stattfinden, tauschten ihre Informationen aus und gaben die Listen der Namen der Verhafteten an ihre Kollegen in den anderen Ländern weiter. Seit Seattle wurde aber vor allem eine weltweite Kriminalisierung der

internationalen Protestbewegung lanciert, die sich hauptsächlich auf die Mitwirkung der Medien stützte. Sie hat in Prag ihren bisherigen Höhepunkt gefunden.

Diese Kriminalisierung wurde schon ein halbes Jahr vor der IWF-Weltbank-Tagung im September vom Tschechischen Innenminister Gross begonnen. Die tschechische Bevölkerung wurde buchstäblich auf einen Bürgerkrieg im September vorbereitet. Es wurden 11.000 Polizisten und 5000 Soldaten als Sicherheitskräfte nach Prag gezogen. Das Gesundheitsministerium riet den vier wichtigsten Krankenhäusern in Prag mehr Personal einzustellen und sich auf Attacken mit chemischen und biologischen Waffen einzustellen. Drei Luxuszimmer wurden im Vinokrady Lehrhospital für verwundete Banker reserviert. Die Schulen in Prag wurden eine Woche geschlossen, Kinder und Alte sollten aufs Land gehen. Den Bewohnern Prags wurde geraten, Vorräte an Lebensmitteln und Medizin anzulegen und ihre Wohnungen möglichst während der Woche vom 24. – 29. September nicht zu verlassen. Die Boulevardpresse riet den Prager BürgerInnen Türen und Fenster vor dem Einfall der "Barbaren" zu verammeln. 800 Sicherheitsjacken wurden an Journalisten verteilt, diese mussten außerdem rote Westen tragen, um sich von den "Anarchisten" – so die allgemeine Bezeichnung für die Protestierer – zu unterscheiden (*The Guardian*, 24.8.2000).

Diese Strategie der Kriminalisierung der WeltbankkritikerInnen und die Erzeugung einer allgemeinen Panik und Hysterie unter der Bevölkerung scheint nach dem Bericht des *Guardian* jedoch nicht allein im Tschechischen Innenministerium entworfen worden zu sein. Scotland Yard (England) und FBI (USA) hatten schon im Vorfeld der tschechischen Regierung ihre Hilfe angeboten. Anfang August flog eine Delegation von Scotland Yard nach Prag. Unter ihr waren Spezialisten für die Behandlung der Medien. *"Wir sind rübergeflogen, um ihnen zu helfen, obwohl sie uns offiziell nicht um Hilfe gebeten haben. Wir wollten unsere Erfahrungen und Informationen mit ihnen teilen."* so ein Sprecher von Scotland Yard (*The Guardian*, 24.8.2000)

Schon im Frühjahr waren 24 tschechische Polizeibeamte zum Training ins Hauptquartier des FBI in Washington eingeladen worden. Der Chef dieser Behörde flog nach Prag, um die tschechische Polizei bei der Vorbereitung auf gewaltsame Auseinandersetzungen zu beraten. Doch diese Panikmache war selbst dem Präsidenten der Tschechischen Republik zu viel: *"Es ist, als ob wir uns auf einen Bürgerkrieg vorbereiteteten."* In der Frankfurter Rundschau vom 23.9.2000 steht folgende Aussage Havel: *"Es gibt so viele Menschen, die weder wissen, was der IWF und die Weltbank tun, noch von den Argumenten der Kritiker eine Ahnung haben; aber alle Welt ist darüber informiert, wie viele Knüppel und Wasserwerfer der Polizei zur Verfügung stehen."* Diese Aussage des tschechischen Staatspräsidenten drückt sehr klar den Kern der ganzen Antiglobalisierungsstrategie aus: Kriminalisierung der KritikerInnen auf der einen und Panikmache und Hysterisierung der Bevölkerung auf der anderen Seite, gekoppelt mit Ignoranz über die eigentlichen Akteure und ihre Politik.

Die Strategie hat gewirkt. Als wir am 25. September in Prag ankamen, kamen wir in eine tote Stadt. Die Straßen waren leer von Autos, aber fast auch von Menschen. Die psychologische Kriegsführung im Vorfeld der Ereignisse war erfolgreich gewesen. Die Prager hatten gehoramt die Anweisungen von oben befolgt. Ich war nach Prag gekommen, um mich mit den anderen Frauen des internationalen Netzwerks "Diverse Women for Diversity" zu treffen. Wir hatten für den 27.9. eine offene Veranstaltung zum Thema "Das Leben ist keine Handelsware" angekündigt. Außerdem wollte ich an dem Koordinationstreffen des europäischen Netzwerks: "From Seattle to Brussels" teilnehmen. Wir alle wollten uns an der Demonstration am 26.9. beteiligen.

Doch die Auswirkungen der allgemeinen Einschüchterung waren sehr schnell zu spüren. Unsere Gastgeber-Organisation "Agentura-Gaia" hatte unsere Veranstaltung nicht im allgemeinen Aktionsprogramm von INPEG angekündigt. Von den Frauen, die aus den osteuropäischen Ländern eingeladen worden waren, war keine gekommen. Es hieß, sie hätten keine Visen bekommen. Als wir, die wenigen DWD-Frauen aus Indien, Mexiko, Deutschland und Bolivien uns am 26.9. auf dem Namesti-Miru, dem Friedensplatz, vor der Ludmilla-Kirche mit den etwa 28 Frauen der Internationalen Frauenuniversität (IFU) Hannover trafen, waren wir wohl die einzigen Feministinnen, die im Demonstrationzug mitmarschieren wollten. Tschechische Frauen gesellten sich nicht zu uns. Ähnlich sah es am nächsten Tag aus, als wir unsere öffentliche Veranstaltung im Narodni Dum, dem "Volkshaus", hinter der

Ludmilla-Kirche hielten. Es waren kaum Tschechinnen gekommen. Die tschechische Presse war nicht erschienen, obwohl viele Einladungen verschickt worden waren.

Wir wollten durch unsere Veranstaltung klarmachen, dass die Politik von Weltbank und IWF, besonders durch die Strukturanpassungsprogramme überall in den verschuldeten Ländern des Südens, aber auch zunehmend in den ehemaligen Ostblockländern, eine Blutspur von zunehmender Verarmung, Hunger, Krankheit, Flüchtlingsströmen, sozialen Konflikten und sogenannten "ethnischen" Kriegen hinter sich zurücklässt. Die Leidtragenden dieser Politik sind vor allem Frauen, Kinder und die Natur. Mit Beiträgen aus Bolivien, USA, Indien, Mexiko und Deutschland wollten wir die Mythen entlarven, dass die neoliberale Globalisierungspolitik, die immer noch von den Herren, die im Kongreßzentrum tagten, vertreten wird, überall zu mehr Wohlstand für alle, mehr Gleichheit, mehr Frieden und mehr Demokratie führen würde. Doch die Veranstaltung konnte nur unter den Bedingungen eines quasi-Ausnahmestandes stattfinden. Eine Stunde vor Beginn der Veranstaltung hatte die Polizei alle Straßen rings um den "Friedensplatz" weiträumig abgesperrt wo auch unsere Tagungsstätte lag. Wir, einige Frauen und ich, kamen kurz nach 13.00 Uhr zu diesem Sperrbezirk. Die Polizei erlaubte nicht, dass wir zu der Veranstaltung gingen. Wir mussten fast 3 Stunden warten, bis die Polizei abzog.

Immerhin waren noch etwa 60 Menschen im Saal, als wir ankamen. Sie waren wohl vor der Polizeisperre gekommen. Auf diesem Hintergrund war mein Vortrag zu dem Thema: "Das globale Freihandelssystem als Weltkriegssystem" durchaus der Situation angemessen.

Über die Demonstration am 26.9. ist in den tschechischen und ausländischen Medien viel und pausenlos berichtet worden, besonders über die Eskalation der Gewalt am Ende des Demonstrationzuges. Dieser Zug hatte sehr friedlich und fröhlich begonnen. Ich wunderte mich, dass er nach all den Vorwarnungen fast ohne Polizeipräsenz durch die Straßen Prags, bis kurz vor das Kongreßzentrum ziehen konnte, wo die etwa 23.000 Delegierten tagten. Dieses Kongreßzentrum war durch bewaffnete Polizisten hermetisch abgeriegelt. Als die Spitze des einen Strangs der Demo – sie hatte sich inzwischen in drei Stränge geteilt – die Polizeisperre erreichte, flogen Pflastersteine und auch Molotowcocktails auf die Polizisten. Diese schossen mit Tränengas zurück und es gab die bekannten Straßenkämpfe zwischen Polizei und Demonstranten.

Als wir Tränengaswolken aufsteigen sahen, gingen wir zurück.. Wir waren nicht nur prinzipiell gegen jede Gewaltanwendung; es war auch klar, dass der Angriff einiger Demonstranten auf die Polizei – niemand wusste, wer sie waren – genau die Befürchtungen bestätigen würden, die schon Monate vorher unter den Leuten verbreitet worden waren, nämlich, dass die Protestierer alle gewaltbereite "Anarchisten" und "Barbaren" seien.

Nach der bürgerkriegsähnlichen Vorbereitung auf diesen Tag, musste ja eine Explosion der Gewalt geschehen, um all den finanziellen Aufwand der Regierung zu rechtfertigen.

Als ich später das tschechische Fernsehen sah, das immer wieder Bilder von steinewerfenden Demonstranten und geschlossenen Reihen von vollbewaffneten Polizisten zeigte, wurde mein Verdacht bestätigt, dass es hier um eine Art *self-fulfilling prophecy* ging. Man sah, wie Vermummte in aller Ruhe Pflastersteine ausgruben und in die Fenster von Banken, McDonalds, Kentucky Fried Chicken und C&A warfen. Man sah, wie Fernsehjournalisten diese Szenen ungestört filmten, ohne dass einer der vielen Polizisten die Täter verhaftete. Als wir am Abend in unsere Pension zurückkamen, kam uns der Besitzer der Pension wütend entgegen: "Wozu bezahlen wir diese Polizei aus unseren Steuergeldern? Da stehen sie wie die Bleisoldaten und lassen sich mit Steinen bewerfen! Sie sehen zu, wie diese Anarchisten, Bolschewisten, Kommunisten alles wieder kurz und klein schlagen, was wir in zehn Jahren durch unsere Arbeit aufgebaut haben."

Ist es wirklich ein Erfolg, wenn ein Mann wie dieser Pensionswirt, der viele Jahre in Deutschland gearbeitet hat, sich eher mit McDonalds und Kentucky Fried Chicken solidarisiert, als mit den Demonstranten, die gegen Weltbank und IWF protestieren? Die Fernsehbilder über Straßenschlachten zwischen Polizei und "Anarchisten" überlagerten jede Möglichkeit dass die eigentliche Botschaft der KritikerInnen der Bretton Woods Institutionen überhaupt von einer breiten Öffentlichkeit gehört werden konnte.

Herr Wolfensohn, Präsident der Weltbank, und Wolfgang Köhler, der Präsident des IWF, jedoch hatten diese Botschaft sehr wohl gehört und verstanden. Sie hatten sich in einer offe-

nen Diskussion, zu der Vaclav Havel eingeladen hatte, den Kritikern gestellt, sowohl den jungen Leuten von INPEG, als auch bekannten Intellektuellen, wie Professor Walden Bello von den Philippinen. Alle zeigten an zahllosen Beispielen aus allen verschuldeten Ländern der Welt auf, wie die Kredite der Weltbank für aufwendige Projekte, an denen nur westliche Konzerne verdienen, sowie durch die Strukturanpassungsprogramme des IWF die Wirtschaften ganzer Völker ruiniert, Diktaturen unterstützt, Armut und Flüchtlingselend hervorgeufen worden war. Walden Bello griff Präsident Wolfensohn direkt an: *"Ja, Herr Wolfensohn, in Ihrer Amtszeit haben sie geholfen, das Suharto-Regime in Indonesien zu legitimieren! Das wird die Welt nie vergessen."* (Prague Post, 27.9.2000). Auf dem Gegengipfel, den INPEG organisiert hatte, solidarisierte sich Bello mit INPEG und allen anderen AktivistInnen: *"Ich bin nicht hergekommen, um akademische Diskussionen zu führen. Ich bin hier als einer von Euch, um die Weltbank und den IWF zu schließen."* (Prague Post, 27.9.2000).

Bello nannte das, was sich seit 20 Jahren an Kritik um die Bretton Woods Institutionen zusammengebraut hatte, eine grundlegende Legitimationskrise dieser Institutionen. Keine Institution, keine Regierung könne auf Dauer eine solche Legitimationskrise überleben.

Vielleicht nicht so radikal wie Bello, vielleicht aber gefährlicher für die Weltbank, ist die Kritik des früheren Chef-Ökonomen der Weltbank, Joseph Stiglitz. Stiglitz nahm ebenfalls am 23.9. an dem von Vaclav Havel organisierten Treffen von Bankchefs und NROs auf der Prager Burg teil. Er griff nicht nur die Weltbank und den IWF an, sondern auch die US-Regierung und ihre Wirtschaftspolitik seit 1995. Er kritisierte das Programm der Privatisierung in Russland, das von IWF und Weltbank verordnet worden war. *"Diejenigen, die die Privatisierung an die erste Stelle vor allem anderen gestellt haben, hatten ganz klar Unrecht."* (Prague Post, 27.9.2000). Stiglitz hat die Weltbank verlassen, weil er die Politik des IWF während der Asienkrise für katastrophal hielt.

Wie Bello, stellte sich Stiglitz auf die Seite der NRO-KritikerInnen. Sie hätten ein richtigeres Bewusstsein von dem, was heute viele Menschen bewegt: die Umweltproblematik, die Demokratie, Transparenz und Offenheit und *"vielleicht am wichtigsten ... die Armen."* Er fand, dass die Fragen vieler KritikerInnen in jener Debatte die Weltbanker überrascht hatten, und dass Köhler und Wolfensohn nur ausweichende Antworten gaben und nicht in der Lage waren, etwas Substantielles zu sagen.

Was Michel Chossudovsky schon vor etlichen Jahren geschrieben hatte (Chossudovsky 1998), nämlich, dass das Finanzdebakel in Asien von der Weltbank und IWF, in Zusammenarbeit mit dem US-Finanzministerium und den Wallstreet Banken, verursacht worden war, wurde in Prag vom ehemaligen Chefökonom der Weltbank zugegeben. Der Druck der von diesen Institutionen ausgegangen sei, die Kapitalmärkte zu deregulieren, habe zur Krise beigetragen (Prague Post, 27.9.2000).

James Wolfensohn zeigte sich offen für Kritik. Er und etliche andere Beamte der Weltbank gaben zu, dass die jungen Protestler in vielen Punkten Recht hätten, dass die Weltbank Fehler gemacht habe, dass sie sich bessern wolle. Wolfensohn schob aber den Schwarzen Peter den Regierungen der reichen Länder zu, die zu wenig Entwicklungshilfe zahlten. Als erstes wurden die ominösen Strukturanpassungsprogramme umgetauft in "Armutsbekämpfungsprogramme". Damit wollten sich die Banker die Forderungen nach Gerechtigkeit für die Armen, die vor allem von der Erlassjahrkampagne aber auch von vielen anderen NROs erhoben wurde, für ihre Zwecke zu eigen machen.

Es bleibt jedoch zweifelhaft, ob die transnationalen Konzerne und die Regierungen der reichen Länder der Welt überhaupt daran denken, die Weltbank und den IWF tatsächlich zu einem Instrument der Gerechtigkeit zu machen. Da nützen auch die Beteuerungen Wolfensohns wenig, der den Kritikern sagte: *"Ihr solltet uns nicht als eine schwarze böse Macht ansehen ... bitte versteht, dass unsere Ziele denen der Leute auf der Straße (den Protestierern M.M.) sehr ähnlich sind. ... Unser Ziel ist es, die Armut zu bekämpfen. Das ist ein zentrales Anliegen."* (Christopher P. Winner in: Prague Post, 27.9.-3.10.2000).

Nach dem Vorherigen, müssen wir jetzt noch einmal fragen: Wer hat in Prag gesiegt? Gesah die vorzeitige Abreise der Delegierten aus Prag, weil sie sich von den Protestlern tatsächlich bedroht fühlten, oder hatten sie mit dem öffentlichen *Mea Culpa* von Wolfensohn und Köhler ihre Aufgabe in Prag tatsächlich erfüllt? Sollte da sowieso nicht mehr geschehen, wie Christopher Winner meint? Oder war Prag tatsächlich eine weitere Etappe in dem Pro-

zess einer zunehmenden De-Legitimierung einer globalen, wachstumsbesessenen, profitgierigen Wirtschaft, für die alles, was das ist, zur Ware werden muss?

Ich glaube nicht an die Unausweichlichkeit eines linearen Fortschritts, weder in der Wissenschaft noch in sozialen Bewegungen. Der Triumphalismus in den Selbstbeteuerungen mancher GlobalisierungsgegnerInnen, dass wir von Seattle über Washington, über London, über Melbourne "von Sieg zu Sieg" schreiten würden, macht mich skeptisch. Ich mag solch militaristische Metaphern sowieso nicht. Vor allem aber ist mir in Prag klar geworden, dass die Situation der Menschen in Prag sich sehr von der in Seattle unterscheidet. Von Leuten, die gerade erst nach einer "Samtrevolution" im Kapitalismus angekommen sind und immer noch auf dem Trip des "Nachholens" sind, ist nicht zu erwarten, dass sie die Argumente derer verstehen, die die Institutionen in Frage stellen, die – angeblich – Reichtum, Gleichheit und Frieden für alle bringen sollen.

Die Tatsache, dass kaum Tschechen und noch weniger Tschechinnen an den Protesten teilgenommen haben, sollte uns zu denken geben. Ich kann so lange nicht ohne Bauchweh von "Erfolg" reden, solange die Mehrzahl der Menschen in Unwissenheit und Panik gehalten werden und nicht verstehen, was Weltbank, IWF und auch die ausländischen Protestierer wollen.

Ist das zu pessimistisch? Vielleicht. Auf der Rückreise von Prag las ich in der *International Herald Tribune* vom 29.9.2000 einen Artikel von William Pfaff. Er trug den Titel: "*Der Globalisierungsdrive des Westens hat sich als massiver Fehlschlag erwiesen.*" Der Autor zeigt auf, dass die neoliberale Umstrukturierung der Wirtschaft, die von den USA und England begonnen und durch IWF, Weltbank und WTO vorangetrieben wurde, jetzt nicht nur gefährdet wird von Globalisierungsgegnern und deren Erfolgen weltweit, sondern ebenso von Dissens und Konflikten innerhalb der globalen Institutionen. Der "Washington Consensus" (s.o.) sei zusammengebrochen. Vor allem seit der Finanzkrise in Asien sei der Glaube in vielen asiatischen Ländern verschwunden, dass die Liberalisierung aller Märkte, besonders der Finanzmärkte, die beste Wirtschaftspolitik sei. Doch auch in den USA, in Europa, in Kanada und Japan können nicht mehr übersehen werden, dass die Freihandelspolitik nicht nur die Kluft zwischen reichen und armen Ländern größer gemacht habe, sondern besonders auch in den reichen Ländern, wie USA und England, zu immer größerer Ungleichheit geführt habe.

Der Autor zitiert Vaclav Havel, der in Prag sagte: "*Ich glaube, dass wir eine andere Umstrukturierung anstreben müssen, eine die das ganze Wertesystem in Frage stellt, auf dem die derzeitige Zivilisation beruht.*" (*International Herald Tribune*, 29.9.2000).

War Prag ein Erfolg?

Einerseits ja – aber andererseits? Es fällt mir schwer von Erfolg zu reden, wenn die Mehrzahl der Menschen nicht verstehen, was diese Protestierer wollen, was das mit ihnen zu tun hat, und wenn die Steinwerfer und Molotow-Cocktail-Schmeißer all die Ängste der Bevölkerung, die vorher geschürt wurden, bestätigen. Die internationale Protestbewegung steht vor einem Dilemma: Wenn sie friedlich diskutiert und demonstriert, wird sie von den Medien ignoriert. Wenn es Straßenschlachten gibt, berichten zwar die Medien, aber "das Volk" wird nicht aufgeklärt über das, worum es geht. Die Gewaltdiskussion überlagert alles, sowohl bei Befürwortern, wie bei Gegnern der Globalisierung.

Vielleicht hängt dies mit einem weiteren Widerspruch zusammen, der mir in Prag auffiel. Die Stadt hing voll mit riesigen obszönen, frauenfeindlichen Reklametafeln für Sexshops. In einer Boulevardzeitung war neben dem knackigen Hintern einer jungen Frau zu lesen: "*Was ist einem IWF-Beamten tschechischer Sex wert?*" In keine dieser Reklametafeln waren Steine geworfen worden. Soweit mir bekannt, tauchte die tschechische Sexindustrie, die organisierte Prostitution als Wachstumsbranche, in der Kritik am globalen Kapitalismus nicht auf. Kann ich da als Feministin von Erfolg reden?

Köln 1. Oktober 2000

Maria Mies